

# Nebroner Anzeiger

Wöchentliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erhebt wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
 Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM

Schriftleitung: A. N. Sauer in Koblentz.  
 Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Koblentz.  
 Geschäftsstelle in Nebra: Kaufmann Hugo Wögling (vorm. Ww. Metz), Markt 34/35  
 Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen stellen: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Hellmetall 20 Pf.  
 Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:  
 Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Nebra.

Nr 109

Sonnabend, den 10. September 1932.

45. Jahrgang

## Vor dem Endkampf

Besprechungen bei Hindenburg — NSDAP und Zentrum  
 Berlin, 9. September.

Nachdem der Reichspräsident gestern vormittag um 7 Uhr bereits in Berlin eingetroffen war, hat er um 11.30 Uhr Reichszugler von Bapen zur Besprechung der innerpolitischen Lage und im Anschluß daran Außenminister von Neurath zur Besprechung der außenpolitischen Verhandlungen der letzten Zeit, insbesondere der Verhandlungen mit Frankreich über die Rüstungsfrage, empfangen. Um 12.30 Uhr besuchte Reichspräsident Göring den Reichszugler und mit ihm die Einzelheiten der Abgabe der Regierungserklärung im Reichstag am kommenden Montag zu besprechen.

Der Empfang des Reichspräsidenten durch Hindenburg findet heute vornehmlich statt, es wird ihm lediglich formale Bedeutung beigemessen. Man glaubt auch nicht, daß einzelne Parteien sich von dem Besuche irgendeinen politischen Erfolg noch versprechen.

Auf jeden Fall rechnen die Fraktionen mit der Auflösung des Reichstages. In der Montagsitzung wird die angelegentlichste Regierungserklärung abgegeben werden. Nach der Rede des Kanzlers dürfte die Sitzung geschlossen werden. Die politische Aussprache wird Dienstag beginnen und von dem nationalsozialistischen Sprecher, Abgeordneten Gregor Straßer, eröffnet werden. Als Redner der zweitgrößten, der sozialdemokratischen Fraktion, wird der frühere Reichspräsident Loh folgen, nachher die Kommunisten, und am vierten Stelle das Zentrum, das vermutlich den früheren Reichszugler Dr. Brüning vorführen wird. Es sind zwei Rednerreihen vorgesehen. Da die Zahl der Fraktionen erheblich geringer geworden ist, werden zwei Sitzungstage ausreichen. Die politische Aussprache wird vielleicht schon Mittwochabend zu Ende sein, spätestens aber am Donnerstag.

Kommt es dann zu Abstimmungen, so wird wohl der Kanzler vorzuziehen das Abstimmungsrecht verlieren.

Es besteht allerdings auch noch die Möglichkeit einer Beratung des Reichstages nach der politischen Aussprache, wodurch die Auflösung zunächst vermieden, zum mindesten aber hinausgeschoben würde. In diesem Falle würde die Reichsregierung einfach davon Kenntnis nehmen, daß der Reichstag die Absicht zum Sturz des Kabinetts nicht durchgeführt hat, und würde die weiteren Wählenden einer Reichstagsmehrheit in Ruhe abwarten.

Inzwischen dauert die Fühlungnahme zwischen Zentrum und Nationalsozialisten fort.

Sie konzentriert sich jetzt angeblich auf die Richtlinien einer Wirtschaftspolitik. Die Nationalsozialisten legen ihre Anforderungen fort, das Zentrum dafür zu gewinnen, daß im Falle der neuen Ministerpräsident gewählt wird, auch wenn die Verhandlungen über ein gemeinsames Vorgehen im Reich durch die Auflösung zunächst gegenstandslos werden.

Sittler ist in Berlin eingetroffen und verhandelt nunmehr mit Reichspräsident Göring, dann mit weiteren Mitgliedern der nationalsozialistischen Fraktion, um dann am Abend ebenfalls mit Führern der Zentrumspartei Fühlung zu nehmen.

### Arbeiter beim Arbeitsminister

Der Reichsarbeitsminister hatte mit dem Spitzenverbänden der Arbeiter- und Angestelltenvereinigungen eine Aussprache über die Richtlinien für die Anwendung der Beschäftigungsprämie und der Vollzugsverordnung über Vermehrung und Erhaltung der Arbeitslosigkeit.

Vor dem Eintritt in die Aussprache erhoben die Verbände aus sozialen, wirtschaftlichen und rechtlichen Erwägungen Widerspruch gegen die neuen Vorschriften im allgemeinen.

Mit diesem Vorbehalt erlaubten sie dann am Ausfluß über Sinn und Tragweite der einzelnen Vorschriften, über die Anwendbarkeit der Vorschriften auf bestimmte Fälle und über die Möglichkeiten, die tatsächlichen Schwierigkeiten zu überwinden und die ungerechtfertigten Ausnahmeverordnungen auszufüllen. Die Auskünfte wurden erteilt. Die vorgetragenen Anregungen werden weiter verfolgt.

### Annäherung NSDAP-Zentrum?

Aussprache über die Notverordnung und wirtschaftspolitische Fragen.  
 Berlin, 9. September.

Im Hause des Reichspräsidenten erörterten Vertreter der Nationalsozialisten und des Zentrums in gemeinsamer Sitzung wirtschaftspolitische Fragen. An der Besprechung nahmen jeweils der NSDAP Reichspräsident Göring und Dr. Feder, seitens des Zentrums Disprecht Effer, Dr. Siegenmund und Dr. Dehauer teil.

Nach Abschluß der Beratungen wurde eine Mitteilung veröffentlicht, in der es u. a. heißt:

„Am Vortage fand das dringende Problem der Arbeitslosigkeit, ferner die Sonntagverträge, das Wirtschaftsprogramm der Regierung von Bapen und die Sorge für den Winter. Die Sachverständigen beider Parteien äußerten ernste Bedenken, daß die Subventionierung der gesamten Betriebe durch Steuernachlässe das bestmögliche Ziel nicht

erreichen werde. Der sozialpolitische Teil der Notverordnung fand übereinstimmende Ablehnung.

Darüber hinaus traten die Besprechungen hinsichtlich wirklicher Arbeitsbeschaffung und des konjunkturenützlichen Möglichkeiten, für deren Durchführung auch eine arbeitsfähige vom Vertrauen des Volkes getragene Mehrheit vorhanden ist.

### Die Stellungnahme der Gewerkschaften

Berlin, 9. September.

Wie noch verlautet, hat Reichsarbeitsminister Dr. Schäfer anlässlich einer Aussprache mit den Gewerkschaftsvertretern die Bildung einer Gewerkschaftskommission angeregt, die bei der Durchführung der sozialpolitischen Bestimmungen der neuen Notverordnung mitwirken soll. Mit Ausnahme der freien Gewerkschaften haben die Gewerkschaftsvertreter diesem Vorschlag zugestimmt.

Hinsichtlich der Generalvollmacht für die Aenderung der Sozialversicherung gab der Minister Schäfer die Erklärung ab, daß Aenderungen der Generalvollmacht mit den Verbänden der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer erfolgen werden. Borelli wird in Referentenbesprechungen die Möglichkeiten der Anwendung dieser Generalvollmacht geprüft werden.

Von gewerkschaftlicher Seite wird zu dem Empfang noch mitgeteilt, es sei dem Minister nicht gelungen, die „wahren Besenden“ der Gewerkschaften zu gewinnen. Die Gewerkschaften würden mit jedem zulässigen Mittel Widerstand leisten und gegebenenfalls den Rechtsweg beschreiten.

### Reichstags-Auflösung wahrscheinlich

Das Reichstagspräsidium Freitag bei Hindenburg.  
 Berlin, 8. September.

Die Entschädigung der politischen Tage in den nächsten acht Tagen bildet naturgemäß das größte Interesse für alle politischen Kreise. Es ist fast klar, daß der Reichspräsident am Freitag-Tag abreist.

Der Empfang des Reichstagspräsidenten Göring, der für Freitag oder Sonnabend in Aussicht genommen war, wird am Freitag stattfinden.

In Kreisen der Reichstagsopposition bezeichnet man diesen Empfang als einen Hofflichkeitsbesuch.

Am Montagabend wird der Kanzler im Reichstag seine große politische Rede halten, und daran schließt sich voraussichtlich die Aussprache an.

In unterrichtlichen Kreisen glaubt man, daß die etwa Mittwochabend eine Klärung der innerpolitischen Situation eintreten wird.

Nach der augenblicklichen Beurteilung hält man die Auflösung des Reichstags für kaum noch vermeidbar. Sie würde dann also Mitte der nächsten Woche erfolgen. Die Neuwahlen würden dann in der ersten Novemberhälfte, also voraussichtlich am Sonntag, 6. November, stattfinden.

### Eine Hiltlerrede in München

Scharie Kampfanlage gegen Japan.  
 München, 9. September

In einer Rede im Circus Krone in München wandte sich Adolf Hiltler scharf gegen die Regierung Bapen, die sich, er behauptete, Deutschland retten können. Er behauptete, die Regierung Bapen würde den Vertrag von Versailles nicht ändern, aber er werde die Erfüllung des Vertragsmäßig ändern. Mit Bapens Programm reite man nicht das deutsche Volk sondern höchstens ein paar Vögel. Hiltler äußerte sich dann im weiteren Verlauf seiner Rede nochmals eingehend über die Gründe für seine Ablehnung in die Regierung einzutreten. Wenn Bapen glaube, daß sich die nationalsozialistischen Anhänger ihm gegenüber neutral verhalten, so sei das eine falsche Spekulation. Die Partei habe sich nur neutral verhalten, solange sich Hiltler neutral verhalten habe. Er griff dann den Kanzler scharf an wegen dessen Stellungnahme aus Anlaß des Aufrufs und des Telegramms Hiltlers in der Angelegenheit der Weimarer Verträge. Am nationalsozialistischen Reichde würden niemals fünf deutsche Männer wegen eines Rolens verurteilt werden. Oder glaubten die Herren wirklich, daß der „Begnabigungsprache“ bestehen bliebe? Die Nationalsozialisten würden zur Einigung mit einer anderen Partei kommen, wenn es zunächst nicht anders möglich sei, zu regieren. Was die Regierung jetzt beschließen, sei völlig gleichgültig. Sie müßte den Reichstag auflösen, die Nationalsozialisten würden die Regierung niemals anerkennen.

### Die Roggenfütterungsaktion

Aufkäufe der Getreide-Handelsgehilfen.

Die Vorarbeiten für die bereits angelegte Aktion zur Entlastung des Roggenmarktes sind beendet. Die Deutsche Getreide-Handelsgehilfen wird künftig in allen Roggen-übernahmestellen, in denen es die Marktlage erfordert, Roggen zu marktmäßigen Preisen kaufen.

Die aufgelaufenen Roggenmengen sollten nicht eingelagert, sondern sofort der Verwitterung zugeführt werden. Der Roggen wird einmilt, frochtweise der im nordwestdeutschen Schweißmalmgebiete gelegenen Empfangs-Reichsvollbahnhöfen zum Preise von 140 RM je Tonne abgegeben. Zum Anschlag der für die 2005. entfallenden Preispläne zum Ende des höheren Einstands- und dem niedrigeren Abgabepreis des Roggens werden der DGS, wie durch eine im Reichs-Anzeiger erscheinende Verordnung geregelt wird,

Vergemeinert zur Verfügung gestellt, die zur vollwertigsten Einfuhr von Futtermitteln berechnen. Handel und Genossenschaften werden in die Aktion sowohl beim Ankauf als auch bei der Abgabe des Roggens in der bisherigen Weise eingeschaltet. Die DGS, ist in der Lage, gegebenenfalls auch im Verhältnis zur Getreide sehr große Mengen von Roggen abzugeben. Jedoch muß dafür Sorge getroffen, daß die Veranlassung immer ausreichend gedeckt bleibt und keine über das Notmaß hinausgehende Preispreiserhöhungen eintreten.

### Genfer Tagung Ende September

Keine Verhinderung der Abrüstungskonferenz.

Die in der Presse verbreitete Nachricht, wonach die zweite Phase der Abrüstungskonferenz auf unbestimmte Zeit verzögert und der Zusammentritt des Büros der Konferenz voraussichtlich erst Mitte November erfolgen solle, wird in Kreisen des Völkerbundsekretariats entschieden demontiert.

Entsprechend der von der Konferenz angenommenen Resolution wird Präsident Henderson das Büro der Konferenz auf einen Tag in der Woche einberufen, die am Zusammentritt der Völkerbundskonferenz voraussetzt, d. h. voraussichtlich am 21. oder 23. September. Was die zweite Phase der Konferenz anbetrifft, so ist bekanntlich deren Beginn grundsätzlich auf Ende Januar 1933 angesetzt worden. Es besteht allerdings die Möglichkeit, daß der Wiederzusammentritt der Abrüstungskonferenz um einige Wochen verschoben wird. Es wird Aufgabe des Büros sein, hierüber seinen Befehl zu erteilen.

### Die U-Bootwaffe

Deutschlands Verlangen nach Rüstungsgleichheit.

London, 9. September.

Ein englischer Marinekapitän schreibt in einer Abhandlung über die deutschen Wehrforderungen: Es ist nicht unmöglich, daß Deutschland Forderung nach Rüstungsgleichheit zu einer gründlichen Überprüfung der ganzen Frage der U-Boote führen und daß der englisch-amerikanische Vorschlag, der auf ihre Abschaffung hingiele, in Frankreich eine günstige Aufnahme finden wird als bisher.

Das im Verfaller Vertrag Deutschland aufgetragene Verbot, U-Boote zu halten, vor als Beendigung der deutschen Wehrbewehrung erfolgt, nicht, um Deutschland einer bestimmten Wehrkraft zu berauben, sondern um den Weg für die allgemeine Bewehrung der U-Boote vorzubereiten.

Zur der Flottenkonferenz in Washington 1921/22 und auf der Londoner Flottenkonferenz von 1930 hat die britische Delegation die Abschaffung beantragt und hat auf der Londoner Konferenz die Unterstufung der Vereinigten Staaten und eine symmetrische Haltung Italiens gefordert.

Auf beiden Konferenzen aber hat Frankreich hartnäckigen Widerstand geleistet.

In seinen weiteren Ausführungen vertritt der Korrespondent die Ansicht, daß es Deutschland nicht schwer fallen würde, Argumente für sein Recht auf Bau von U-Booten zu finden. Diese Möglichkeit sei in britischen Marinekreisen seit langem vorausgesehen und als ein besonders starkes Argument zugunsten der völligen Abschaffung der U-Boote betrachtet worden.

### Henderson über die Wehrforderungen

Auf dem Gewerkschaftskongress in Newcastle erklärte Henderson, der Präsident der Abrüstungskommission, er nicht unzufrieden und frei erkennen, daß die Abrüstungskonferenz nach sechsmonatigen Bemühungen noch weit von dem Ziele entfernt seien, daß er erhofft habe. Henderson ging dann auf die deutschen Wehrforderungen ein und äußerte, man solle die Augen nicht vor der Gefahr verschließen, die sich aus den deutschen Forderungen ergäbe. Er vermöge nicht zu erkennen, was Deutschland gewinnen könne, wenn es sich von der Abrüstungskonferenz zurückziehe. Ueber die Forderungen sollten in erster Linie die ehemaligen Alliierten und Abgestimmten verhandeln.

Eine solche Forderung gegenüber den besiegten Ländern erfüllen und der Konferenz ein Abrüstungsprogramm unterbreiten, nach dem offensichtliche Ungleichheiten allgemein werden würden, wie sie Deutschland durch den Versailles-Vertrag unterlagert wären. Ein solches Programm würde auf die ganze Welt Eindruck machen und die Regelung der deutschen Schicksale beträchtlich erleichtern.

### Italiens Interesse für die Wehrfrage

Die Denkschrift zur Rüstungsgleichberechtigung wird von der italienischen Presse ausführlich wiedergegeben.  
 Die Berliner Korrespondenten haben die Bedeutung des Italieners hervor.

„Gazzetta del Popolo“ stellt fest, daß die Veröffentlichung der deutschen Wehrdenkschrift zu dem Schluß führe, daß das, was die französischen Blätter darüber veröffentlichten, weit entfernt sei das, was die Deutschen tatsächlich verlangen. — Die Erklärungen des Reichswehrministers an die deutschen Journalisten, die den Reichswehrbüros in Ditzingen beigegeben haben, werden in der italienischen Denkschrift sehr beachtet. In dem Bericht wird besonders unterstrichen, daß Deutschland auf jeden Fall die nötigen Maßnahmen für die Gewährleistung seiner Sicherheit ergreifen sollte.

### Einigung der Abrüstungsverpflichtung

Die englische Zeitung „Star“ schreibt, die Haltung Frankreichs und Englands ist angelehnt der Worte des Verfaller Vertrages von ernster moralischer Bedeutung. Beide Staaten hätten den Vertrag angebahnt, sie hätten ihn Deutschland aufzugesungen, das im Breiten Raum habe führen können.

Sie hätten ein feierliches Versprechen gegeben, Abrüstung her-

beizubringen. Wo aber kein oder nur ungenügendes Material vorhanden? Eine weitere Belegung Englands und Frankreichs, um Versprechungen zu erfüllen, werde Deutschland keineswegs friedlicher machen.

## Deutsche Tageschau

### Professorsicht der Gewerkschaften.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschafts-Bundes hat seine Vertreter bei der vom Reichsarbeitsminister anberaumten Besprechung beauftragt, „energievolle Protest“ gegen die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Reichsregierung zu erheben. Diese Maßnahmen würden in der Mitteilung des Gewerkschaftsbundes als „ungeheuerlich“ und „arbeitfeindlich“ hingestellt. Ferner soll die Reichsregierung auf die Gefahr Tagung des Bormaltungsrates des I. L. M. sich mit größter Entschiedenheit für eine allgemeine gesetzliche Einführung der 40-Stundenwoche einsetzen.

### Magistrat Dessau gegen die Bauhaus-Schreibweise.

Neben seinem besonderen Bauamt hat das Bauhaus in Dessau auch seinen eigenen Stil im schriftlichen Verkehr. Man schreibt alles klein und mit lateinischen Buchstaben. Der Magistrat Dessau hat die Bauhaus-Schreibweise durch die deutsche Rechtschreibung zu bekämpfen, und die Schrift der Bauhaus-Schreibweise, die sich in der Bauhaus-Schreibweise abgefaßt sind, unarbeitbar zurückzulassen.

### Kreis Werra auf den Staatsgerichtshof an.

Der Kreisaußschuß in Werra (Eisleb) hat beim Staatsgerichtshof wegen der Auflösung des Kreises Werra gegen das Land Preußen Klage auf Feststellung der Verfassungsgerichtsbarkeit der §§ 101 bis 103 der Verordnung über die Neugliederung von Landkreisen vom 1. August 1932 erhoben.

## Auslands-Rundschau

### Biernadi Wojewode von Polnien

Zum Wojewoden von Polnien ist Oberst Biernadi, der frühere Kommandant der Militärgeheimnisse von West-Polen, in dem die oppositionellen Politiker gefolgt sind und gewählt worden sind, ernannt worden. Die Ernennung Biernadis steht augenscheinlich im Zusammenhang mit den kürzlich aus Polen gemeldeten Bauernunruhen.

### Die Frage der Kriegsdienstverweigerung in Amerika.

In Regierungskreisen vermeidet man es, sich während der Wahlkampagne über die Frage der Zahlung der Kriegsdienstverweigerer zu äußern, obwohl immer wieder die Weigerung aus Europa kommen, monach die Hauptstädter am 15. Dezember nicht zahlen wollten. Volkswirtschaftliche Sachverständige erklären dazu, die Zahlung der Schulden würde von größtem Nutzen für das Wirtschaftswesen der ganzen Welt sein, die Grundlagen des internationalen Handels zu sichern und die Lösung der gegenwärtigen Krise zu beschleunigen.

### Kleine politische Meldungen

Einberufung des französischen Parlaments beschlossen. Im französischen Kabinett ist die Einberufung des Parlaments für den 16. September beschlossen worden.

Für Anerkennung der Sowjetregierung. Der spanische Außenminister hat in einer Sitzung der Cortes sich für die Anerkennung der Sowjetregierung durch die spanische Regierung ausgesprochen. Der englische Großhandelsminister. Der Anker der Großhandelspresse in England hat im August eine Erhöhung auf 83,3 erfahren. Das ist die gleiche Ziffer wie vor einem Jahr, gegenüber 81,3 im Juli.

Der bolivianisch-peruanische Konflikt. Die Bolivianer haben das letzte Flugzeug genommen. Die Truppen von Santa Cruz marschieren auf Richtung Sucre, um dort Landungsplätze für Flugzeuge vorzubereiten.

## Aus der Umgegend

Werra, 9. September.

**Sahmarkt.** Unter großer Begeisterung am Sonntag und Montag hat bereits reges Leben in unsere Stadt gebracht. Die Wundersicht in der Saampflanze und auf den sonst dafür vorgesehenen Wegen nimmt täglich an Ausdehnung zu. Neben den Geschäftshäusern sind auch Unterhaltungsstätten verschiedener Art eingetroffen. Raussell und Schanzel werden auch nicht fehlen und der Jugend die rechte Marktfeier bringen. Die Straußentänzer haben ebenfalls fleißig getüftelt, um liebe Freunde und Bekannte, die zum Markt Einkehr halten, gut bewirten zu können. Wenn das prächtige Herbstfest anhebt, dürfte mit einem großen Zutrom auswärtiger Marktbesucher zu rechnen sein. In den Geschäftsräumen erwartet die Besucher überall feste Unterhaltung und eine Bewirtung mit Speise und Trank, die nichts zu wünschen übrig lassen wird. Überall wird man befreit sein, den Gästen den Aufenthalt in unserer Stadt so angenehm als möglich zu machen, damit sie recht bald wieder einmal Einkehr halten. Für die langjährige Jugend wird der Markt ein reiches Festtagsfest bieten; am Sonntag sowohl wie am Montag ist auf verschiedenen Gassen und Tanzplätzen Marktball angelegt. Ganz gleich ob Alt, ob Jung, wird sich auf seine Rechnung kommen, und wird sich überzeugen, daß die auswärtigen Besucher sich in unserem Städtchen wohlzufühlen werden.

**Sichtspiel-Theater.** Auch unsere Stadttheater haben sich für den Markt gerüstet und ein großes Programm erworben. Mit dem ersten Film „Des Königs große Liebe“ werden die Besucher in das Wunderland Indien entführt. Die Pracht und die Geheimnisse indischer Felsenhöhlen über einen geheimnisvollen Zauber hat uns Wunderländer aus. Sie sind in dem Film naturgetreu dargestellt und werden den Betrachter in ihren Bann ziehen. Als zweiter Film läuft ein großer Detektivfilm mit Siegfried Krno in der Hauptrolle. Der Kampf mit der Verbrechenswelt wird in diesem Bildstreifen ausführlich dargestellt.

**Leipziger Variete-Theater.** Eine besondere Ueberführung der Marktbesucher wird der Besuch des im „Rustfeller“ gastierenden Leipziger Variete-Theaters sein. Künstler, die an den größten Variete-Bühnen gewirkt haben, sind in dem Unternehmen tätig und haben überall, wo sie auftraten, beste Erfolge zu verzeichnen gehabt. Ueber ein Gauspiel in Kopenhagen schreibt die „Köln. Ztg.“: „Die Leistungen der Gesellschaft waren sehr unternehmend und was man in Erwartung auf Humor mitbrachte, fand seine Erfüllung. Wahre Lachsalen erweckte besonders der „Stolz der Rompage“, wie überhaupt alle Variete-Nummern und durchwunden waren von Witz und Humor, so daß man gut von einem gelungenen Abend sprechen kann. Besondere Erwähnung verdient der Bolero-Act des Fr. Vera, mit ihren fast halsbrecherischen Kunststücken und der vornehme Jongleurart der „2 Minus“

mit Reifen, Keulen und „fliegenden“ Hüten, welche letztere ein amüsantes Augenpiel boten.“ — Ein Besuch dieser Veranstaltung kann bestens empfohlen werden.

**Unfall.** Auf der Straße Altenroda-Albra verunglückte am Donnerstag nachmittag der Arbeiter Otto Brattich von hier. B. befand sich mit dem Rade auf dem Heimwege und ist schwer in eine der vielen Schlachtdörfer geraten, wobei die Vorderachse abbrach und der Fahrer zu Fall kam. Ansehend trug B. neben Verletzungen auch einen Schädelbruch davon. Herr Wögling, der von der Geschäftsfirma lommend, die gleiche Straße fuhr, nahm den Verunglückten im Auto mit nach Hause.

**Hundertjahrfeier des Gustav Adolf-Vereins.** Die Hundertjahrfeier des Gustav Adolf-Vereins, die in den Tagen vom 18.—20. September in den Mauern Leipzigs stattfindet, findet lebhaftes Interesse in den deutschen Landen und weit darüber hinaus. Vertreter aus der ganzen evangelischen Welt haben ihre Teilnahme zugesagt, auch werden mehrere Hundert Priester aus der Diözese (Das heißt aus Gebieten, in denen die Evangelischen als eine — oft sehr kleine — Minorität leben) nach Leipzig kommen, um an einer Freizeil, an einem wissenschaftlichen Fortbildungskurs, teilzunehmen. Anmeldungen liegen aus dem Inland und aus dem Ausland, aus allen Ländern Europas und weiten Gebieten in Übersee vor. Aber auch die evangelischen Gemeindeglieder Leipzigs werden an der Tagung regen Anteil nehmen. Der Zutritt, vor allem zu den großen öffentlichen Veranstaltungen (Gottesdiensten, Versammlungen, Aufhebung am Kaiserfestschiff) ist ohne weiteres völlig kostenlos möglich; doch empfiehlt sich vielleicht die Lösung eines Tagungsabzeichens, das man bereits jetzt in den Kirchenangelegenheiten für nur 20 Pfg. erhält, für die Rundgebung werden außerdem in den Rangzügen auch Rundgebungsarten ausgesetzt, die ganz kostenlos sind. Ebenfalls bekommt man zu sehr niedrigen Preisen Eintrittskarten zu dem großen Zentriplein „Gustav Adolf“, das nicht nur am 18. September, sondern gerade für die Leipziger schon vorher zweimal am 9. und 10. September im Stadt Kaufhaus zur Aufführung gelangt, und am Kirchenfest in der Thomaskirche mit der „Hohen Messe“. Wer eine besondere Teilnehmerkarte für die Gemarkung zu 3,50 M. (Eintrittskarte für Familienmitglieder 3.— M.) kauft, hat dafür mancher Vergünstigung, bekommt auch die Festkarte „Geistig am 18.22“, die im Buchhandel etwa 4.— M. kostet und, mit einer Straßenbahnfahrkarte zu beliebiger Benutzung auf allen Linien an den drei Festtagen. Diese Teilnehmerkarte erhält man am besten im Büro des Meßm. Markt 4, wo man auch alle obengenannten Eintrittskarten und das Tagungsabzeichen sowie jede Auskunft darüber bekommen kann.

**Die Zwiebel als Vorbeugungsmittel.** Als einleuchtendes Mittel gegen Ruhrinfektion, Dysbus, Cholera u. a. haben wir die rohe Zwiebel. Die wissenschaftlichen Untersuchungen ergaben, daß nach dem Genuß von rohen Zwiebeln die Verdauungsorgane ungenießbar vermehrt werden. Dadurch können die Speisen besser verdaut werden, so daß in den Darm keine schädigende Fäulnis gelangt. Auch vermehren die vermehrten Magenäfte die in den Magenbakterien eingebrachten Krankheitskeime. Den süßlichen Bitterstoff deshalb die rohe Zwiebel sehr schätzbar. Geboten oder gelobt kann jedoch die Zwiebel ihre heilsame Wirkung nicht so sehr entfalten, deshalb hat die größte heilsame Wirkung nur die rohe Zwiebel, die man in der Küche so ausgiebig verwendet, wenn man Speisen bekömmlicher und verdaulicher machen will.

**Kohleben.** (Lehrerprüfung.) Im Hoflein der Herren Oberregierungsrat Dr. Siede, Schulrat Thormann und des Leiters der Volksschule Arten behandert der seit längerer Zeit hier tätige Schuldienstverweigerer Siefel am Donnerstag seine zweite Verherrlichung. Unten herkömmlichen Gläubigkeit!

**Kohleben, 9. Sept. (Berichterstattung.)** Eine Angelegenheit, die in den letzten Wochen hier und in Weihenfels die Gemüter sehr erregt hatte, fand gestern zur Verhandlung vor dem Schöffengericht Raumburg. Angeklagt war der Leiter der Volksschule Kohleben, Rektor Th., die Anklage lautete auf schwere Urkundenfälschung. Den Vorsitz führte Landgerichtsrat Bender, Vertreter der Staatsanwaltschaft war Hofmeister Dr. Neubauer. Dem Angeklagten wurde zur Last gelegt, seinem Weihenfelsbüchlein nach Weihenfels beglaubigte Zeugnisabschriften beigelegt zu haben, die teilweise mit den Originalen nicht übereinstimmen, bzw. von einigen keine Originale existieren. Unter die Gewand der letzten fallen die auf dem Tisch die Erlangung der Doktorwürde auf. Der Angeklagte gab seine Verwehungen zu und begründete diese damit, daß bei aller Anerkennung, die seine Arbeit in allen seinen verschiedenen Wirkungsstätten gefunden habe, seine Zeugnisse ein Stützungsgrund zur Erlangung eines größeren Wirkungskreises gewesen wären. Jedoch habe er bis zu seiner Anstellung in Kohleben keinen Gebrauch davon gemacht, also nur im Falle Weihenfels. Nach Mützung einiger Einzelheiten erhält der Staatsanwalt das Wort und führt aus, daß die Ermittlungen eine Uebertretung der §§ 271 und 273 des Strafgesetzbuches ergeben haben, die Gründe zu dem Vergehen waren in gesteigertem Geltungsbedürfnis und einer gewissen Eitelkeit zu suchen. Er beantragt wegen Urkundenfälschung eine Geldstrafe von 300.— M. und wegen unbefugter Anwendung des Doktor-Titels 50.— M. Geldstrafe. — Der Verteidiger führt in seiner Verteidigungsrede aus, das Gericht möchte in der Beurteilung der zweifellos nicht sehr erheblichen Verwehungen nicht übersehen, daß der Angeklagte nicht aus materiellen Gründen die Verwehungen begangen habe. Sein Streben, einen größeren Wirkungskreis zu erhalten, um seine Verdienste und seinen Arbeitsdrama zu verewigen zu können, hätten den Angeklagten zu der unerschuldeten und von ihm selbst tief beueuten Handlung veranlaßt. Aus den Stätten seiner bisherigen Tätigkeit waren dem Angeklagten die besten Zeugnisse ausgestellt über seine Arbeit in seinem Amt und seine unermüdete Tätigkeit im Dienste der Allgemeinheit. Er beantragt Freispruch für die unbefugte Führung des Doktor-Titels und stellt für die übrigen Verwehungen dem Gericht an, ein gerechtes Strafmaß zu finden. — Hierauf zog sich das Gericht zur Beratung zurück. Nach etwa 45 Minuten verurteilte der Vorsitzende folgendes Urteil: Der Angeklagte hat sich der Uebertretung des § 271 der Strafgesetzbuchordnung (Urkundenfälschung) in mehreren Fällen schuldig gemacht. Das Gericht erblidigt eine fortgesetzte Handlung und verurteilt den

Angeklagten zu einer Geldstrafe von 400.— M., an deren Stelle im Nichtbeitragsfalle für je 10.— M. ein Tag Gefängnis tritt; für die unbefugte Anwendung eines Titels wird eine Geldstrafe von 40.— M., im Nichtbeitragsfalle 4 Tage Haft, verhängt. Die Kosten des Verfahrens hat der Angeklagte zu tragen.

**Truerei.** In Begleitung des Landrats Dr. Wanderscheid wurde der Tommlarische Arbeiterverband von Oberwiesenthal, Mangel, und Oberregierungsrat Veit zu einem Besuch des Gefängnisses ein. Es fanden Besprechungen über die gemeindlichen Finanz- und Siedlungsfragen, über die Abgabverhältnisse im mitteldeutschen Bergbau, sowie über die Arbeitsmarktlage statt. Daran schloß sich eine Besichtigungsfahrt durch das mit der Arbeit verbundenen Felde und Bergbau sowie die Erhaltung der Arbeit. Am Ende und Berg sollen zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung ausgeführt werden. Die Kosten sollen aus Mitteln des Kreises und der produktiven Erwerbsloosentfaltung aufgebracht werden.

**Nonnenweg (St. Weihenfels).** Den Oberleuten Büchel wurde als 15. Kind ein Mädchen geboren, bei dem Reichspräsident von Hindenburg die Ehrenpatenschaft übernommen hat.

**Merseburg.** Ihren schweren Brandwunden erlag am Mittwoch im Städtischen Krankenhaus die 17jährige Verkäuferin Elise Drechsler aus Köfßen. Das Mädchen war mit dem Feuer in der Feuerzange, deren Beschäftigt, als sie plötzlich in Flamme aufgingen. Das Mädchen konnte sich nicht mehr in Sicherheit bringen. Nach Ansicht der Firma liegt nicht Selbstmord, sondern eine Explosion der Feuerzange vor, durch Unvorsichtigkeit vor.

**Halle.** Ein Arbeitsdienstag nur 20 Minuten wurde am Mittwoch in dem ehemaligen jüdischen Klub einberufen. Die Arbeitsdienstreitenden werden hauptsächlich zu Wegarbeiten verwendet werden. Das Reich hat die üblichen Jubiläen von 2. März pro Kopf zunächst auf 20 Wochen bewilligt. 1,25 Mark werden für Verpflegung usw. einbehalten.

**Halle.** Der Wahlaustrich des Stadtrats nahm in seiner Diensttagung zu den 36 Bewerbungen auf den ausgeschriebenen Oberbürgermeisterposten Stellung. Nach einer einstündigen Debatte verzichtete der Ausschuss auf Freitag, um in der Zwischenzeit den Rat in ein Geheiß zu geben. Stellung zu den Bewerbungen zu nehmen. Der Ausschuss lagern mehrere Anträge der SPD und NSDAP auf Festlegung einer Höchstgrenze für die Gehälter der Magistratsmitglieder vor. Der Antrag der SPD verlangte als Höchstgrenze einmündig oder Zulagen für die Magistratsmitglieder den Betrag von 6000 Mark. Die Nationalsozialisten wußten das Gehalt des neu zu wählenden Oberbürgermeisters auf 12000 Mark zusätzlich Wohnungsgeld und Nebenzulage begrenzt wissen. Die Gehälter der neu zu wählenden Magistratsmitglieder sollten diesem Satz angepaßt werden. Ferner sollten die jetzigen Magistratsmitglieder aufgezogen werden, zwecks Angleichung ihrer Besoldung auf bestimmte Gehaltsstufen zu beziehen. Beide Anträge wurden als ungesetzlich abgelehnt, da die Gehälter gesetzlich festgelegt seien.

**Benningen (St. Saengerhausen).** Am Rhein erkrankte die 18jährige Tochter des Maurers Otto Benningen. Sie war bei ihrem Onkel, dem Kattelan auf Burg Weihenfels, in Stellung. Selbstmord ereignete sich.

**Norbahnen.** Der Vorstand der Ortsgruppe Nordbahnen der SPD hat den Stadtrat Flammner aufgefordert, sein Amt als Stadtrat niederzulegen. Er soll auch aus der Partei ausgeschlossen werden.

Die vor einigen Zeit gegen den Geschäftsführer Flammner und den Geschäftsführer Meyer eingeleiteten, wegen Mangel an Beweisen jedoch wieder einstellten Ermittlungsverfahren, sind bei der Staatsanwaltschaft wieder aufgenommen worden.

In der Verbandstatute des Tabakarbeiterverbandes ist ein Festbetrag von 7000 Mark festgesetzt worden. Das endgültige Verdict liegt im Zusammenhang mit den Mandatierungen des Geschäftsführers Meyer, der bei der Verbandstatute leitete.

**Norbahnen.** Stadtrat Flammner ist auf seine Bitte bis zur Vereingung der gegen ihn erhobenen Vorwürfe beurlaubt worden. Er soll als hauptamtlicher Geschäftsführer des Sozialen Baubetriebes von dem Rat der Stadt Weihenfels und Bauernrat, dem bisherigen Stadtrat Meier, nach und nach 21000 Mark erhalten und darüber auch quittiert haben. Diese Summe ist aber in den Büchern des Spar- und Bauvereins nicht erschienen.

**Weihenfels.** Das hiesige Statut hat das „Krumperhölzer“ eingeführt. Ein Teil der Belegschaft (135 Mann) hat für eine Woche mit der Arbeit ausgefallen, während die übrigen Arbeiter, in der er nicht, die Arbeiter für eine einmal im Monat vor der Hälfte der betreffenden Arbeiter Krumperunterstützung (er erhält der Arbeitsloosunterstützung).

**Großberken (St. Grafisch, Hohenstein).** Jedn Morgen Getreide verbrannt, als der an der Hainröder Flurgrenz gelegene Diemen des Landwirts Albin Dietrich aus unbekannter Ursache in Flamme aufging.

**Geistert.** Am Bettort aufgefunden wurde der Enkelweide Werner, der an epileptischen Anfällen litt. Man nimmt an, daß Werner in einem Stempelfall erstickt ist.

**Gerode (Hatz).** Auf einen ganz ausgefallenen Gedanken verfiel der Wehring eines hiesigen Wäckermeisters. Da er keine Lust zu seinem Beruf hatte, legte er sich „bewußtlos“ auf den hiesigen Friedhof, so daß man zuerst ein Verbrechen annahm. Eine anhängende Trautzettel wird ihm vermutlich sehr schnell dem Leben wiederzusehen haben.

**Wankenburg (Hatz).** Wegen Aufruhrs und Zusammenrottung hatten sich sieben Kommunisten in Wankenburg. Es handelte sich um Ausführenden unfähig eines Strafverfahrens der Volkshausverwehungen im Juli. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen, zwei zu je 3 Monaten, einer zu 2 Monaten und zwei zu je 1 Monat Gefängnis verurteilt. Gegen dieses Urteil legte der Staatsanwalt Berufung ein.

**Wankenburg (St. Hohenstein).** Als während einer Zirkusvorstellung Löwe durch einen Laufgang in die Arena gelassen wurden, brachen die Tiere aus, da die Vergitterung nicht fest genug war. Unter den Zuschauern entstand eine Panik. Dem sofort eingetretenen Jurausfall gelang es jedoch, die Tiere in den Käfig zurückzutreiben, worauf die Vorführung in Ruhe zu Ende geführt werden konnte.

**Wankenburg.** In den Abendstunden fuhr der Kaufmann Wilhelm Stadisch aus Leipzig an einem Bahnübergang bei Eulshitz mit zehnjähriger Geiselnichtigkeit mit seinem Auto auf einen Kleinbahnzug. Der Kraftwagen

wurde etwa 20 Meter mitschleift, aber staummt erntlich wechungen und wurde bestmüßig ins Krankenhaus gebracht.

**Holzfisch** (Sr. Ritterfeld). Wegen unheilbarer Krankheit erlag er am 72 Jahre alter an.

**Barby** (Else). Die Stadt Barby hatte vor einiger Zeit an der Elbe in der Nähe von Groß-Rosenburg eine Weidenpflanzung angelegt. Sie rentierte sich aber so schlecht, daß man das Schneiden unterließ, und so bildete sich ein herrliches Weidenparadies, das besonders auch von Familien, die aus der ganzen Umgebung zusammenkamen, beliebt besocht wird. Barby hat nun ankant einer Weidenkultur eine herrliche Ferienanlage.

**Magdeburg**. Nach dem freizügigen Bericht zeigt die in dem letzten August stark angestiegene Zahl von Kinderabnahme noch keinen Abfall. Vom 7. September wurden in Magdeburg neun neue Erkrankungen festgestellt. Ein 17jähriger Schüler ist gestorben. Die Krankheit beschränkte sich jedoch überwiegend auf leichte Fälle. Mehr als die Hälfte der Kranken konnte reiflos geheilt werden, bei einem gewissen Prozentsatz dürfte jedoch ein dauernder Schaden zurückbleiben. Aus den Krankheitsfällen der Magdeburger Kreiszeitung sind 11 und Neubabnbecken sind bis zum 3. September 17 neue Fälle gemeldet worden.

**Magdeburg**. Wie der Amtliche Pressedienst der Regierung in Magdeburg zur Ermordung des Staatsanwaltes Frohwein aus Grünberg mitteilt, stehen die Beziehungen des Mörders Moosdorf zu Frau Abel in keinem Zusammenhang mit der Mordtat. Frohwein ist vielmehr von Moosdorf aus Rache erschossen worden, weil er auf eine Verurteilung Moosdorfs bei seinem vorgelegten Oberprüfer hingewirkt hat. Moosdorf erschien ihm nämlich hinreichend verdächtig, bei Vagabunden Hilfe geleistet zu haben. Der Oberprüfer hatte den schriftlichen Antrag Frohweins auf Verurteilung der Reichsbankdirektion Halle abgelehnt. Ein Reichsbankbeamter soll nun Moosdorf den Antrag zum Voren gegeben haben. Darauf habe Moosdorf aus Rache den Mord geplant und ausgeführt.

**Magdeburg**. Am dem 11. Deutschen Gewerkschaftenbundes sprach Dr. E. Frick, Ministerialrat im Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Er gab gewissen Zweifel über die auf Grund der August-Erhöhung des statistischen Reichsamtens allgemein erwartete Forderung an. Nach seiner Meinung sei lediglich eine gute Vorgehensweise herbeizuführen, dagegen keine Erträge von Weizen, Getreide und Futter zu Magdeburg. In der Arbeit des Gewerkschaften für landwirtschaftliche Marktförderung Berlin, sprach über „Gewerkschaft und Landwirtschaft“. Der Vorsitzende des Reichsbundes des deutschen Handels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Bedarfsstoffen, Handelsgerichtsrat Gustav Richter, hielt das Schlüsselwort.

**Magdeburg**. Der vor einigen Tagen in der Elbe gesunkene Dampfer „Lützow“ ist von der Wasserschutzpolizei geborgen worden. Das Entkommen dieses Dampfers gefahrte sich sehr schwierig, da es das Tier mehrmals verlor, sich durch heftige Gegenwinde noch rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Der Dampfer wird in das Naturgeschichtliche Reichsamt übergeben.

**Magdeburg**. Der 17jährige Sohn des Mannes E. G. hat in der 17jährige Tochter des Mannes S. G. eine Liebesbeziehung eingeleitet. Das junge Mädchen war sofort tot, während der junge Mann mit lebensgefährlichen Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert wurde.

**Offener** (Sr. Neubabnbecken). Einen schweren Unfall erlitt auf der Grube „Neue“ der Arbeiter F. K. Er war im Abraumbetrieb während der Nacht mit Fallarbeit beschäftigt. Dabei wurde er von einem Köhler des Abraumbaggers erfasst, in die Höhe gerissen und dann zu Boden geschleudert. Der Schwerverletzte mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

**Dresden**. Wie nach Erinnerung sein dürfte, hat Direktor Stöckh-Sarrasani vor einiger Zeit sein Unternehmen der sowjetrussischen Regierung zum Kauf angeboten. Die sowjetrussische Regierung ist nunmehr bereit, diesem Projekt näherzutreten und hat vor einigen Tagen diesen Vorschlag durch ihre Botschaft in Berlin nach Dresden übermittelt. Eine neuerliche Mitteilung bringt zum Ausdruck, daß seitens der russischen Regierung allen Ernstes der Ankauf des Sarrasani-Unternehmens beschlossen worden ist. Direktor Stöckh-Sarrasani hat daraufhin seinen Stellvertreter, Hr. Dr. K. nach Moskau entsandt, um dort die Verhandlungen zu führen. Das für die nächste Zeit in Dresden vorgegebene Gespöß wird durch diese Verhandlungen nicht berührt.

**Köthen**. S. Böckh überfahren wurde in der Deutscher Straße ein 1/2jähriger Knabe von einem Lastkraftwagen des Magistrats. Nach den Ermittlungen trifft den Führer des Wagens keine Schuld.

**Köthen**. Ein 17jähriger Angelegter, der durch zu kurzen angetretene Stellung durch Vertrauensbruch. Er nahm 50 Mark aus der Kasse, die er in leichtsinniger Gesellschaft durchbrachte. Tags darauf stahl er weitere 150 M., und verließ. Von Dresden aus machte der leichtsinnige Mensch einen Ausflug in die wässrige Schweiz und kehrte sich dann der Polizei. 70 Mark hatte er noch bei sich, 50 Mark hatte er nach Hause geschickt. Das Gericht verurteilte ihn jetzt zu einem Monat Gefängnis. Da er noch nicht vorbestraft ist, wurde ihm eine dreijährige Bewährungsfrist zugesprochen.

**Hildesheim** (Zerbst). Feuer brach aus bisher noch nicht angelegter Ursache in der Scheune des dortigen Besitzers Metzger aus. Die Scheune war mit Erntevorräten und landwirtschaftlichen Maschinen gefüllt. Es gelang den Bemühungen von fünf Feuerwehrern, die Stellungen, die bereits von den Flammen erfaßt waren, zu retten. Der beträchtliche Schaden ist nur zum Teil gedeckt.

**Hildesheim**. Durch Kurzschluß entstand im Schloßhof des Schlosses die eine riesige Feuerschlamme, die drei Beamte tötete. Der Betriebsführer Franzenstein ist inswischen gestorben.

### Zeitungsverbot in der Provinz

Der Oberpräsident der Provinz Sachsen hat die „Neue Kreiszeitung“ in Bad Liebenau da für die Zeit vom 3. September bis einschließlich 7. September 1932 verboten, weil in ihr Behörden des Staates sowie Mitglieder

der Reichsregierung und der Herr Reichspräsident beschimpft und böswillig verächtlich gemacht worden sind. Weiter wurde die in Kitzingen erscheinende Zeitung „Der Volkwart“, parteilose, politische Wochenzeitschrift, auf die Dauer von zwei Monaten verboten, weil in ihr über das Verhalten der Reichsamt unangenehme Tatsachen behauptet und verbreitet worden sind, die lebenswichtige Interessen des Staates gefährden.

Der Oberpräsident der Provinz Sachsen hat die in Erfurt erscheinende Tageszeitung „Thüringer Volksblatt“, Organ der kommunistischen Partei Deutschlands für Thüringen, Erfurt und angrenzende preussische Gebiete, auf 14 Tage verboten, weil in mehreren Artikeln dieser Zeitung sowohl die Thüringische Regierung wie Mitglieder der Reichsregierung beschimpft und böswillig verächtlich gemacht worden sind.

### Fließbühnenmeister und Fließbühne

Auf einer Tagung der Fließbühnenmeister der Provinz Sachsen und des Reichsamt in Magdeburg wurde erneut die Forderung auf Einführung eines Staatskommissars für das Handwerk erhoben. Die Versammlung wachte sich entschieden gegen die Schlichtersteuer, die als „unzulässig und entsetzlich“ bezeichnet wurde. Gegen die Vorbereitungen wegen angeblich zu hoher Fließbühnenpreise heißt es in einer einstimmig angenommenen Erklärung: „Das Fließbühnenverbot ist nicht nur ein geschwächter Kaufkraft der Kontinenten rechnen müsse, und daß die Konkurrenz in dem schweren Wirtschaftskampf immer dafür sorgt, daß nur äußerst niedrige Preise einen Umsatz herbeiführen können.“

### Das Handwerk zum Wirtschaftsprogramm

Der Mitteldeutsche Handwerkerbund tagt. In der Tagung des Gesamtverbandes des Mitteldeutschen Handwerkerbundes am 7. September in Erfurt fand eine eingehende Besprechung der Arbeit der Reichsregierung vom 1. bis zum 1. September 1932 statt. Es wurde erklärt, die Notverordnung bedeutete in ihren verschiedenen Maßnahmen eine große Enttäuschung für Handwerk und Gewerbe. Mit aller Schärfe wies der Gesamtverband darauf hin, daß es nur eine durchgreifende Maßnahmen zum Wirtschaftsaufbau für die mittelständlichen Schichten in Handwerk und Gewerbe vorgezogen seien und daß auch diese Notverordnung nicht über kleine Anläufe hinaus gekommen sei, um auf dem Wege über Freigabe von Bankguthabemitteln zur Finanzierung des Handwerkes eine sofortige notwendige Beseitigung der Wirtschaftskrise herbeizuführen. Der Gesamtverband des Mitteldeutschen Handwerkerbundes fordert erneut mit allem Ernst, daß diesen gemeinsamen Forderungen von Handwerk und Hausbesitz unverzüglich in vollem Umfang Rechnung getragen werde und daß schnellsten positiven Maßnahmen im Sinne einer handwerkes- und mittelstandsfördernden Politik ergriffen werden. Zu diesen Maßnahmen rechne der Gesamtverband auch in erster Linie die in der Notverordnung völlig fehlenden

Behimmungen gegen die Schwarzarbeit und gegen die Regierungsdienstleistungen.

Der Gesamtverband des Bundes stellt ferner die dauernde Hinussicherung der vom Handwerk und seinen Epigonenorganisationen seit Jahren geforderten durchgreifenden Reform der Unfallversicherung sei und verleiht, daß endlich entscheidend gehandelt werde und die hohen Beiträge zu den Unfallversicherungsstellen sofort und sichtbar gesenkt werden.

Am Dinstag fand große Kundgebungen des Mitteldeutschen Handwerkerbundes, wobei die Teilnehmer von Handwerk und Gewerbe erneut in aller Deutlichkeit zu betonen.

### Tagung der Edela-Gesellschaften

Die Edel-Gesellschaften von Sachsen-Anhalt beschlossen auf ihrer Herbsttagung, die in diesem Jahre ein einmaliges Sonderbeitrag zu erheben, der zum Kampf gegen das Zigarettenverbot verwendet werden soll. Das Ziel sei und bleibe: das völlige Zigarettenverbot zu erreichen.

Direktor Schulze-Berlin gab einen Überblick über das Werden der Edel-Gesellschaften in diesem Jahre über 25-jähriges Bestehen feiern können. Damals waren es 25 Edel-Gesellschaften, heute zählte der Verband 430. Der Redner beschäftigte sich auch mit dem Wirtschaftsprogramm der Regierung und glaubte in den letzten wirtschaftlichen Ereignissen zu sehen zu einer wirtschaftlichen Erneuerung zu erblicken. — Die absolute Majorität legte der Redner ab.

### Neues aus aller Welt

**Mutter und Kind gasvergiftet** aufgefunden. Eine 37jährige Ehefrau sowie ihr dreijähriges Alter Kind wurden in ihrer Wohnung in Breslau-Krieken gasvergiftet aufgefunden. Die Frau war ohnmächtig und hatte sich in der Wohnung ein Atzgas-Pulver angeeignet. Gleichzeitig öffnete sie den Gashahn, um Wasser warm zu machen. Sie vergas jedoch, das Gas anzuzünden und atmete gleichzeitig in den Pulverdämpfen das Gas ein. Auch das Kind hat eine Gasvergiftung davongetragen. Mutter und Kind wurden bestmüßig aufgefunden und verstarben kurz darauf.

**Do X unterbricht eine Gerichtsverhandlung**. Als das Flugboot Do X über die Stadt Dornhausen kreuzte, war man im dortigen Gerichtssaal in bester Arbeit. In dem Augenblick aber, da das Flugboot vor dem Fenster höher wurde, verließen Staatsanwalt, Richter und Beisitzer fluchtartig ihre Plätze, um dem Fenster aus dem Reifennogel zu bewundern. Als wieder Ruhe eingetreten war, erklärte der Vorsitzende latonisch, die Verhandlung hätte — wegen des starken Geräusches der Propeller unterbrochen werden müssen.

**Sieben Jahre arbeitslos**. Als die Frau eines seit sieben Jahren arbeitslosen Mannes in Frankfurt am Main nach Hause kam, fand sie ihr dreijähriges Kind tot im Bett vor. Ihr Mann hatte sich an einem Pestbottchen erhängt. Er hatte das Kind vergiftet. Eine Tragödie unserer Zeit, die eine so heuliche Sprache spricht, daß jedes weitere Wort unnötig überflüssig ist.

**Bei Anlauf des Reichswehrmarsches** 5. Wehrste. Auf der Landstraße Gotha-Dreieck hielt ein mit Reichswehrangehörigen besetztes Personenauto aus Gotha mit einem Anhänger eines zum Truppenübungsplatz ausrichtenden Wandervertrages der Reichswehr zumachen; dabei wurden eine Person schwer und drei leicht verletzt. Die Verletzten wurden dem Städtischen Krankenhaus Dornburg zugeführt.

**Politische Zusammenkünfte** in Dörfelitz. Im Dörfelitz fand nach einem nationalsozialistischen Jugendtreffen Jugendsozialisten und Nationalsozialisten zu hohem Zusammenstoßen, wobei ein SS-Mann durch einen Messerstoß in den

Unterleib und ein anderer Nationalsozialist durch einen Brustschuß schwer verletzt wurden. Der eine Schwerverletzte ist kurze Zeit darauf im Spital gestorben. Die Lage in Dörfelitz ist sehr bedrohlich. — Auch in Halle bei Salzgitter kam es bei einer Versammlung der Nationalsozialisten zu ähnlichen Zusammenstößen mit Sozialdemokraten, wobei vier Personen verwundet wurden, darunter eine schwer. Genarmierte und Polizei mußten aus Salzgitter zur Hilfe herbeigeholt werden.

**Vermissler** eingewiesen in den Bergen oft aufgefunden. Der Ingenieur Wilhelm Dillweg aus Rheidt im Rheinlande hatte Ende Februar von seiner Heimat aus eine Bergtour unternommen. Seit der Zeit wurde er vermisst. Ein Suchgehilfe fand nunmehr in der Bergental-Kamm die Leiche Dillwegs auf.

**Reisung aus Senot**. Das englische Bergnavigationsbüro „Southey“ geriet mit 500 Passagieren an Bord auf einer Fahrt um die Insel Wight bei hohem Wellengang in Senot. Auf seine Rettungsflotte hin kam ihm ein anderes Schiff zu Hilfe und schleppte die „Southey“ nach Portsmouth, wo die Passagiere an Land gebracht wurden.

**Schiffungsladung an der finnischen Küste**. Die „Galeffo Antu“ wurde auf der Fahrt vom Finnland nach Stockholm bei heftigem Sturm in den Schären unweit von Åbo led und ging unter. Der Kapitän und ein Mann der vierköpfigen Besatzung sind ertrunken.

**Lebererische Fischjänge in Spanien**. Am spanischen Marineamt sind Nachrichten eingegangen, daß die Fischer an gewissen Orten der Küste so reichliche Fischjänge gemacht haben, daß sie einen Teil ihrer Flotte überflüssig machen ließen konnten und gezwungen waren, hunderte Kilo von Fischen wieder ins Meer zu werfen.

### Kriegsgefangener Daubmann

Berlin, 9. September. Wie bekannt, ist der deutsche Kriegsgefangene Oskar Daubmann am 19. Mai nach 17jähriger Abwesenheit in seinen Heimatort Erfurt im Kreisgau zurückgekehrt. Nach den inzwischen von französischen Behörden angefertigten Nachforschungen ist der Name Daubmann wieder in den Listen der Kriegsgefangenen noch in denen der Kolonialgefangenen verzeichnet. Es existierte auch kein Aufnahmeregister des Kriegsgefangenen, das Daubmann als einer 17jährigen Zwangsarbeit verrichtet habe. Die künftigen Behörden haben jetzt ein Protokoll aufgenommen. Dabei leitete Daubmann, den Namen des italienischen Schiffes zu nennen, mit dem er auf der Flucht nach Palermo gelangt ist.

### Genfationelle Verhaftung in Ostpreußen

Königsberg, 9. September. Auf Grund eines vom Oberstaatsanwalt in Königsberg erlassenen Haftbefehls wurde Rittmeister Oskar Daubmann bei Königsberg in Haft genommen und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert. Die Verhaftung, die größtes Aufsehen erregte, voll mit den in Königsberg verübten Anschlägen in Zusammenhang stehen, bei denen der kommunistische Stadtverordnete Saut den Tod gefunden hat. Es soll sich um Begünstigung handeln.

### Wochenendwetterbericht

Witterung vom 10. u. 11. Sept. Das heute über Jöndal liegende neue Tief ist im Vergleich zu den beiden vorangehenden Witterung erheblich weiter fortwärts im Nordwesten gegen unser Gebiet, wodurch eine härtere spätere Verfestigung wahrscheinlich ist als im vergangenen Wochenende. Die nordatlantische Wirbelstärke ist im lebhaftesten Stadium. Die einzelnen Tiefs wandern daher als noch vor kurzer Zeit. Dadurch wird unsere Witterung unbeständiger werden. Wir hoffen, daß die Vorbereitung des Jöndals am Freitag mit Regenfällen durchziehen wird, daß am Samstag kühlere Nordwestwinde mit Schauern folgen werden und daß wir am Sonntag wieder etwas wärmeres zwar wolkiges aber vorwiegend trockenes Wetter erwarten dürfen.

### Spiele und Sport

**Nebrer Sportvereinigung 1924** Die 1. und 2. Herrenfußballmannschaft sind morgen verbandsspielfrei. Die 3. Mannschaft hat im fölligen Serienspiel in Bötendorf gegen Zorn-Veren (D.L.) 5:0 Bötendorf ausgetragen. Hier wird die junge Mannschaft schwer zu kämpfen haben, um einmagermaßen gütlich abzufinden. Die Turner, welche hart im Kommen sind, haben in diesem Jahre spitzförmige Mannschaften herausgebracht, so daß wir wohl um eine gute Partie kaum herumkommen werden. Eine Ueberzeugung ist aber manchmal auch nicht ausgeschlossen, da unsere 3. Mannschaft endlich einmagermaßen gut ist. Überdies sind allerdings die Turner überlegen sind. Außerdem sprechen die eigenen Platzverhältnisse mit. Die Schülermannschaft, die bisher, wie ihre 1. Herrenmannschaft, ungeschlagen in ihrer Klasse führt, hat in Wehnschirnbad dem B.F.R. 1929 gegenüberzutreten. Wenn unsere Jünglinge mit kompletter Eifer antreten, dürfte wieder ein zehnmäßiger hoher Sieg herauskommen. Hoffen wir, daß keine Enttäuschungen seitens der Schüler eintreffen. Die Schülermannschaft marschiert 8:30 Uhr vom „Golfhaus zur Morg“ gefolgt von zwei Wehnschirnbad. Das Spiel steigt gegen 10 Uhr. Die 3. Mannschaft fährt 10:10 Uhr ab Bahnhof Nebra nach Köpchen.

**Reichsamt-Verwaltung** Der für morgen vorgelegene Klubkampf gegen die Sportabteilung der Klosterschule Köpchen im Kletterpark muß leider infolge einer Abgabe der Klosterschule Köpchen ausfallen. Der Kampf wird daher an einem noch zu bestimmenden späteren Termin zur Austragung kommen.

### Kirchliche Nachrichten

**16. Sonntag nach Trinitatis**, den 11. September 1932. Sonntagspredigt: Kommet her zu Mir alle, die ihr mühselig und beladen seid, Ich will euch erquicken (Matth. 11, 28) 10 Uhr: Hauptgottesdienst. Predigt: Gebr. 12, 22-25. Nebrer: 804 (162), 805 (200), 812 (481). Kollekte für das Gedächtnis in Götterberge.

12 Uhr: Abendgottesdienst für die ältere Wölk. in der Kirche. 12 Uhr: Abendgottesdienst für die jüngere Abteilung im Gemeindefaal. Mittwoch, 14. 9., abends 8 Uhr: Weibebund im Gemeindefaal. Freitag, 16. 9., abends 8 Uhr: Jungmänner-Berein im Gemeindefaal. Getauft wurde am 4. Sept. Gen. Erich Emil Albert. Die goldene Hochzeit begingen durch gottesdienstliche Feier die Eheleute Schönmaderer-Permann Meißner und Blagwitz geb. Schmidt, am 8. September.



# Nebräer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1,- RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: i. V. R. Sauer in Köhleben.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Köhleben.  
Geschäftsstelle in Nebra: Kaufmann Hugo Wögling (vorm. Ww. Weig), Markt 34/35  
Fernsprecher: Amt Köhleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22632

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf.  
Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:  
Stadtpostkasse Nebra — Bantverein Arten.

Nr 109

Sonnabend, den 10. September 1932.

45. Jahrgang

## Vor dem Endkampf

Beisprechungen bei Hindenburg — NSDAP und Zentrum  
Berlin, 9. September.

Nachdem der Reichspräsident gestern vormittag um 7 Uhr bereits in Berlin eingetroffen war, hat er um 11.30 Uhr Reichszustanzler von Hopen zur Beisprechung der innerpolitischen Lage und im Anschluß daran Außenminister von Neurath zur Beisprechung der außenpolitischen Verhandlungen der letzten Zeit, insbesondere der Verhandlungen mit Frankreich über die Rüstungsfrage, empfangen. Um 12.30 Uhr beludete Reichstagspräsident Göring den Reichszustanzler mit ihm die Einzelheiten der Abgabe der Regierungserklärung im Reichstag am kommenden Montag zu besprechen.

Der Empfang des Reichstagspräsidenten durch Hindenburg findet heute vormittag statt, es wird ihm lediglich formale Bedeutung beigegeben. Man glaubt auch nicht, daß einzelne Parteien sich von dem Besuche irgendeinen politischen Erfolg noch versprechen.

Auf jeden Fall rechnen die Fraktionen mit der Auflösung des Parlaments. In der Montagssitzung wird die angekündigte Regierungserklärung abgegeben werden. Nach der Rede des Kanzlers dürfte die Sitzung geschlossen werden. Die politische Aussprache wird Dienstag beginnen und von dem nationalsozialistischen Sprecher Abgeordneter Gregor Straßer, eröffnet werden. Als Redner der sozialistischen, der sozialdemokratischen Fraktion, wird der frühere Reichstagspräsident Loh folgen, nachher die Kommunisten, und an vierter Stelle das Zentrum, das vermutlich den früheren Reichszustanzler Dr. Brüning vorführen wird. Es sind zwei Rednerreihen vorgesehen. Da die Zahl der Fraktionen erheblich geringer geworden ist, werden zwei Sitzungstage ausreichen. Die politische Aussprache wird vielleicht schon Mittwochabend zu Ende sein, spätestens aber am Donnerstag.

Kommt es dann zu Abstimmungen, so wird wohl der Kanzler vor denselben das Auflösungsdekret vortreten. Es besteht allerdings auch noch die Möglichkeit einer Verzung des Parlaments nach der politischen Aussprache, wobei die Auflösung zunächst vermieden, zum mindesten aber hinausgeschoben würde. In diesem Falle würde die Reichsregierung einfach davon Kenntnis nehmen, daß der Reichstag die Absicht zum Sturz des Kabinetts nicht durchgeführt hat, und würde die weiteren Absichten einer Reichstagsmehrheit in Ruhe abwarten.

Inzwischen dauert die Fühlungsnahme zwischen Zentrum und Nationalsozialisten fort.

Sie konzentriert sich jetzt angeblich auf die Richtlinien eines Wirtschaftspolitik. Die Nationalsozialisten legen ihre Ansicherungen fort, das Zentrum dafür zu gewinnen, daß ihr Freuden der neue Ministerpräsident gewählt wird, auch wenn die Verhandlungen über ein gemeinsames Vorhaben im Reich durch die Auflösung zunächst gegenstandslos werden.

Hinter ist in Berlin eingetroffen und verhandelte zunächst mit Reichstagspräsident Göring, dann mit weiteren Mitgliedern der nationalsozialistischen Fraktion, um dann am Abend ebenfalls mit Führern der Zentrumspartei Führung zu nehmen.

### Arbeitnehmer beim Arbeitsminister

Der Reichsarbeitsminister hatte mit dem Spitzenverbänden der Arbeiter- und Angestelltenvereinigungen eine Aussprache über die Richtlinien für die Anwendung der Beschäftigungsprämie und der Vollzugsverordnung über Verbesserung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit.

Vor dem Eintritt in die Aussprache erhoben die Verbände aus sozialen, wirtschaftlichen und rechtlichen Erwägungen Widerspruch gegen die neuen Vorschriften im allgemeinen.

Mit diesem Vorbehalt erließen sie dann um Zustimmung über Sinn und Tragweite der einzelnen Vorschriften, über die Anwendbarkeit der Vorschriften auf bestimmte Fälle und über die Möglichkeiten, die tatsächlichen Schwierigkeiten zu überwinden und die ungeduldeten Ausnahmsverordnungen auszufüllen. Die Zusätze wurden erteilt. Die vorgetragenen Anregungen werden weiter verfolgt.

### Annäherung NSDAP-Zentrum?

Aussprache über die Notverordnung und wirtschaftspolitische Fragen.  
Berlin, 9. September.

Im Hause des Reichstagspräsidenten erörterten Vertreter der Nationalsozialisten und des Zentrums in gemeinsamer Sitzung wirtschaftspolitische Fragen. An der Beisprechung nahmen seitens der NSDAP Reichstagspräsident Göring und Dr. Feder, seitens des Zentrums Vizepräsident Esser, Dr. Siegelmaier und Dr. Deffauer teil.

Nach Abschluß der Beratungen wurde eine Mitteilung veröffentlicht, in der es u. a. heißt:

„Am Vordergrund standen das dringende Problem der Arbeitslosigkeit, ferner die Konjunkturfrage, das Wirtschaftsprogramm der Regierung, die Renten und die Sorge für den Winter. Die Sachverständigen beider Parteien äußerten ernste Bedenken, daß die Subventionierung der gelanteten Betriebe durch Steuernachlassnahme das beste Ziel nicht

erreichen werde. Der sozialpolitische Teil der Notverordnung fand übereinstimmende Ablehnung.  
Derweiter hinaus wärdien die Vorgesprachen hinsichtlich wichtiger Arbeitsbeschaffung und des Konjunkturausgleiches Möglichkeiten, für deren Durchführung auch eine arbeitsfähige vom Vertrauen des Volkes getragene Mehrheit vorhanden ist.

### Die Stellungnahme der Gewerkschaften

Wie noch verläuft, hat Reichsarbeitsminister Dr. Schäfer anläßlich seiner Aussprache mit den Gewerkschaftsvertretern die Bildung einer Gewerkschaftskommission angesetzt, die bei der Durchführung der sozialpolitischen Bestimmungen der neuen Notverordnung mitwirken soll. Mit Ausnahme der freien Gewerkschaften haben die Gewerkschaftsvertreter diesem Vorschlag zugestimmt.

Hinsichtlich der Generallösung für die Vänderung der Sozialversicherung gab der Minister Schäfer die Erklärung ab, daß Vänderungen nur im engsten Einvernehmen mit den Verbänden der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer erfolgen werden. Voreil wird in Reformenberäthungen die Möglichkeiten der Anwendung dieser Generallösung geprüft werden.

Von gewerkschaftlicher Seite wird zu dem Empfang noch mitgeteilt, es sei dem Minister nicht gelungen, die schweren Bedenken der Gewerkschaften zu zerstreuen. Die Gewerkschaften würden mit jedem zulässigen Mittel Widerstand leisten und gegebenenfalls den Reichstag beschleichen.

### Reichstags-Auflösung wahrscheinlich

Das Reichstagspräsidium Freitag bei Hindenburg.  
Berlin, 8. September.

Die Entloftung der politischen Lage in den nächsten acht Tagen bildet naturgemäß das größte Interesse für alle politischen Kreise. Es ist jetzt über, daß der Reichspräsident am Freitag 9. September.

Der Empfang des Reichstagspräsidenten Göring, der für Freitag oder Sonnabend in Aussicht genommen war, wird am Freitag stattfinden.

In Kreisen der Wilhelmstraße bespricht man diesen Empfang als einen Schlüsselmoment.

Am Montagvormittag wird der Kanzler im Reichstag seine große politische Rede halten, und daran schließt sich voraussichtlich die Aussprache an.

In unterrichteten Kreisen glaubt man, daß bis etwa Mittwochabend eine Klärung der innerpolitischen Situation eintreten wird.  
Nach der augenblicklichen Beurteilung hält man die Auflösung des Reichstags für kaum noch vermeidbar. Sie würde dann also Mitte der nächsten Woche erfolgen. Die Neuwahlen würden dann in der ersten Novemberhälfte, also voraussichtlich am Sonntag, 6. November, stattfinden.

### Eine Hitlerrede in München

Scharfe Kampfanzeige gegen Japan.  
München, 9. September.

In einer Rede im Circus Krone in München wandte sich Adolf Hitler scharf gegen die Regierung Japans, die sich einbeide, Deutschland retten zu können. Er übte streng verurteilungswürdig, aber er werde die Verfassung verfassungsmäßig ändern. Mit Japans Programm reite man nicht das deutsche Volk sondern höchstens ein paar Banen. Hitler äußerte sich dann im weiteren Verlauf seiner Rede nochmals eingehend über die Gründe für eine Ablehnung in die Regierung einzutreten. Wenn Japan glaube, daß sich die nationalsozialistischen Anhänger ihm gegenüber neutral verhalten, so sei das eine falsche Spekulation. Die Partei habe sich nur neutral verhalten, solange sich Hitler neutral verhalten habe. Er griff dann den Kanzler scharf an wegen dessen Stellungnahme aus Anlaß des Aufrufs und des Telegramms Hitlers in der Angelegenheit der Beuthener Verurteilung. In nationalsozialistischen Reihen würden niemals fünf deutsche Männer wegen eines Polen verurteilt werden. Der glaube die Herren nicht, daß der „Benediktionspruch“ bestehen bliebe? Die Nationalsozialisten würden zur Einigung mit einer anderen Partei kommen, wenn es zunächst nicht anders möglich sei, zu regieren. Was die Regierung jetzt beabsichtige, sei völlig gleichgültig. Sie möge den Reichstag auflösen, die Nationalsozialisten würden diese Regierung niemals anerkennen.

### Die Roggenstützungsaktion

Zufäufe der Getreide-Handelsgesellschaft.  
Die Vorbereiten für die bereits angekündigte Aktion zur Entlastung des Roggenmarktes sind beendet. Die Deutsche Getreide-Handelsgesellschaft wird künftig in allen Roggenübertragungen, in denen es die Marktlage erfordert, Roggen zu marktüblichen Preisen kaufen.

Die aufgelaufenen Roggenmengen sollen nicht eingelagert, sondern sofort der Veräußerung zugeführt werden. Der Roggen wird esiniert, kraftloser für im norddeutschen Schweinefleisch gelegenen Eisenbahn-Weichen- und Schienen zum Preise von 140 RM je Tonne abgegeben. Zum Ausgleich der für die DWS, entfallenden Preispaune zwischen dem höheren Einheitspreis und dem niedrigeren Abgabepreis des Roggens werden der DWS, wie durch eine im Reichs-Anzeiger erscheinende Verordnung geregelt wird,

Verkaufsberechtigter zur Verfügung gestellt, die zur vollberechtigten Einlösung von Güllergeld benötigten Summen den Gewerkschaften werden in die Aktion (insol) beim Aufruf als auch bei der Abgabe des Roggens in der bisherigen Weise eingehalten. Die DWS, ist in der Lage, gegebenenfalls auch im Verhältnis zur Ernte sehr große Roggenmengen aufzunehmen. Jedoch wird dafür Sorge getragen, daß die Brotverorgung immer ausreichend gedeckert bleibt und keine über das Vorjahr hinausgehende Brotpreiserhöhungen eintreten.

### Genfer Tagung Ende September

Keine Verhinderung der Abrüstungskonferenz.

Die in der Presse verbreitete Nachricht, wonach die zweite Phase der Abrüstungskonferenz auf unbestimmte Zeit verschoben und der Zusammentritt des Bires der Konferenz voraussichtlich erst Mitte November erfolgen solle, wird in Kreisen des Völkerverbandsretariats entschieden demontiert.

Entsprechend der von der Konferenz angenommenen Resolution wird Präsident Henderson das Büro der Konferenz auf einen Tag in der Woche einberufen, die dem Zusammentritt der Völkerverbandsversammlung vorausgeht, d. h. voraussichtlich auf den 21. oder 22. September. Die zweite Phase der Konferenz anbetrefflich, ist ihm befristet deren Beginn grundsätzlich auf Ende Januar 1933 angelegt worden. Es besteht allerdings die Möglichkeit, daß der Wiedereinmitten der Abrüstungskonferenz um einige Wochen verschoben wird. Es wird Aufgabe des Bires sein, hierfür einen Beschluß zu fassen.

### Die U-Bootwaffe

Deutschlands Verlangen nach Rüstungslosgelb.  
London, 9. September.

Ein englischer Marinefachverständiger schreibt in einer Abhandlung über die deutschen Wehrforderungen: Es ist nicht unmöglich, daß Deutschlands Forderung nach Rüstungslosigkeit zu einer gründlichen Überprüfung der ganzen Größe der U-Boote führen und daß der englisch-amerikanische Vorschlag, der auf ihre Abschaffung hingiebt, in Frankreich eine günstiger Aufnahme finden wird als bisher.

Das im Versailles Vertrag Deutschland auferlegte Verbot, U-Boote zu halten, war auf Veranlassung der britischen Marineflotte erfolgt, nicht, um Deutschland einer bestimmten Waffenart zu berauben, sondern um den Weg für die allgemeine Befähigung der U-Boote vorzubereiten.

Auf der Flottenkonferenz in Washington 1921/22 und auf der Londoner Flottenkonferenz von 1930 hat die britische Delegation die Abschaffung beantragt und hat auf der Londoner Konferenz die Unterzeichnung der Vereinigten Staaten und eine impolitische Haltung Italiens getündet.

Auf beiden Konferenzen aber hat Frankreich händnädigen Widerstand gezeigt.

In seinen weiteren Ausführungen vertritt der Korrespondent die Ansicht, daß es Deutschland nicht schwer fallen würde, Argumente für ein Recht auf Bau von U-Booten zu finden. Die Möglichkeit sei in britischen Marinestellen seit langem als Argument gegen U-Boote betrachtet

erungen  
genocelle erklärte  
kommission, er  
gebnisse der Ab-  
stellungen mög-  
schafft habe. Von  
forderungen ein-  
der Befehl ver-  
erungen ergäbe.  
sland gewinnen  
konferenz zurück-  
fer Sinne die ebe-  
deln.  
über den belegg-  
Abrüstungspro-  
ngsrichtlinien  
durch den Ver-  
schiffes Programm  
n und die Reg-  
schlich erleichtern

frage  
ung wird von der  
eitung des In-  
e Veröffentlichung  
re, daß das, was  
weiter ist  
als das, was die Deutschen tatsächlich verlangen. — Die Erklärungen des Reichsministers an die deutschen Journalisten, die den Reichsverbänden in Dürresheim beigewohnt haben, werden in der italienischen Öffentlichkeit sehr beachtet. In den Lebensrisse wird besonders unterstrichen, daß Deutschland auf jeden Fall die nötigen Maßnahmen für die Gewährleistung seiner Sicherheit ergreifen werde.

Einlösung der Abrüstungsverpflichtung

Die englische Zeitung „Star“ schreibt, die Haltung Frankreichs und Englands sei angelehnt der Worte des Berliner Vertrages von ernster moralischer Bedeutung. Beide Staaten hätten den Vertrag ausgeübt, sie hätten ihn Deutschland aufgegeben, das sie zum Protest kaum hätte rühren können.

Sie hätten ein feierliches Versprechen gegeben, Abrüstung her-

erungen  
genocelle erklärte  
kommission, er  
gebnisse der Ab-  
stellungen mög-  
schafft habe. Von  
forderungen ein-  
der Befehl ver-  
erungen ergäbe.  
sland gewinnen  
konferenz zurück-  
fer Sinne die ebe-  
deln.  
über den belegg-  
Abrüstungspro-  
ngsrichtlinien  
durch den Ver-  
schiffes Programm  
n und die Reg-  
schlich erleichtern

frage  
ung wird von der  
eitung des In-  
e Veröffentlichung  
re, daß das, was  
weiter ist  
als das, was die Deutschen tatsächlich verlangen. — Die Erklärungen des Reichsministers an die deutschen Journalisten, die den Reichsverbänden in Dürresheim beigewohnt haben, werden in der italienischen Öffentlichkeit sehr beachtet. In den Lebensrisse wird besonders unterstrichen, daß Deutschland auf jeden Fall die nötigen Maßnahmen für die Gewährleistung seiner Sicherheit ergreifen werde.

Einlösung der Abrüstungsverpflichtung

Die englische Zeitung „Star“ schreibt, die Haltung Frankreichs und Englands sei angelehnt der Worte des Berliner Vertrages von ernster moralischer Bedeutung. Beide Staaten hätten den Vertrag ausgeübt, sie hätten ihn Deutschland aufgegeben, das sie zum Protest kaum hätte rühren können.

Sie hätten ein feierliches Versprechen gegeben, Abrüstung her-

erungen  
genocelle erklärte  
kommission, er  
gebnisse der Ab-  
stellungen mög-  
schafft habe. Von  
forderungen ein-  
der Befehl ver-  
erungen ergäbe.  
sland gewinnen  
konferenz zurück-  
fer Sinne die ebe-  
deln.  
über den belegg-  
Abrüstungspro-  
ngsrichtlinien  
durch den Ver-  
schiffes Programm  
n und die Reg-  
schlich erleichtern

frage  
ung wird von der  
eitung des In-  
e Veröffentlichung  
re, daß das, was  
weiter ist  
als das, was die Deutschen tatsächlich verlangen. — Die Erklärungen des Reichsministers an die deutschen Journalisten, die den Reichsverbänden in Dürresheim beigewohnt haben, werden in der italienischen Öffentlichkeit sehr beachtet. In den Lebensrisse wird besonders unterstrichen, daß Deutschland auf jeden Fall die nötigen Maßnahmen für die Gewährleistung seiner Sicherheit ergreifen werde.

Einlösung der Abrüstungsverpflichtung

Die englische Zeitung „Star“ schreibt, die Haltung Frankreichs und Englands sei angelehnt der Worte des Berliner Vertrages von ernster moralischer Bedeutung. Beide Staaten hätten den Vertrag ausgeübt, sie hätten ihn Deutschland aufgegeben, das sie zum Protest kaum hätte rühren können.

Sie hätten ein feierliches Versprechen gegeben, Abrüstung her-

erungen  
genocelle erklärte  
kommission, er  
gebnisse der Ab-  
stellungen mög-  
schafft habe. Von  
forderungen ein-  
der Befehl ver-  
erungen ergäbe.  
sland gewinnen  
konferenz zurück-  
fer Sinne die ebe-  
deln.  
über den belegg-  
Abrüstungspro-  
ngsrichtlinien  
durch den Ver-  
schiffes Programm  
n und die Reg-  
schlich erleichtern